

# SUVA – der nächste Sanierungsfall?

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Die SUVA (Schweizerische Kranken- und Unfallversicherungsanstalt) ist wegen Unregelmässigkeiten mit Immobiliengeschäften und zweifelhafter Nebengeschäften von Kaderangehörigen ins Visier der Politik geraten. Diese Vorfälle decken Führungsprobleme sowie eine unzeitgemässe Corporate Governance und Finanzberichterstattung auf. Die Oberaufsicht des Bundes und die Kompetenz des 40-köpfigen Verwaltungsrates vermögen den gestiegenen Anforderungen nicht mehr gerecht zu werden. Die SUVA übernimmt als selbständige öffentlich-rechtliche Unternehmung seit ihrer Betriebsaufnahme am 1. April 1918 den Versicherungsschutz obligatorisch in jenen Betrieben, in denen die Beschäftigten einem erheblichen Unfall- oder Berufskrankheitsrisiko ausgesetzt sind. Mit dem 1984 in Kraft getretenen neuen Unfallversicherungsgesetz verlor die SUVA zwar das Monopol für die Durchführung der obligatorischen Unfallversicherung, indem neben der SUVA neu auch andere Versicherer zugelassen werden. Dennoch definiert das Arbeitsgesetz immer noch all jene Branchen, die bei der SUVA versichert sein müssen. Und dazu gehören nebst den erwähnten Produktionsbetrieben auch die Verwaltungen der öffentlichen Hand und ihre Annexbetriebe. Heute (2004) sind 109'997 Betriebe mit ca. 1,8 Mio. Arbeitnehmern bei der SUVA versichert. Bezogen auf die versicherte Lohnsumme von CHF 108,6 Mrd. entsprechen die Prämieinnahmen von CHF 3,8 Mrd. rund 3,5%.

Monopole bergen immer das Risiko von Marktmissbrauch und Ineffizienzen in sich, da der Wettbewerb ausgeschaltet wird und die Kontrollorgane keine Möglichkeit haben, die Kosten bzw. Prämien zu vergleichen. Der Strukturwandel der Schweizer Wirtschaft und die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland haben aber dazu geführt, dass die SUVA Marktanteile verliert, weil die physische Produktion im Verhältnis zur Dienstleistungsindustrie schrumpft. Um diese Verluste in Grenzen zu halten, versucht die SUVA nicht nur in Bereiche wie die Schadenerledigung für die Krankenversicherung, in die Vermögensverwaltung und das Aktiven/Passiven-Management für Dritte zu diversifizieren, sondern sie nutzt auch die gesetzlich vorgesehenen Mittel zur Neuunterstellung von Betrieben gemäss Artikel 66 UVG. Wenn nun plötzlich Branchen, wie z.B. Optiker, Edelsteinfasser, Sportgeschäfte, Comestibles-Geschäfte, Speditionsunternehmen, Büroreinigungsinstitute, Hauswarte etc. als Betriebe mit erhöhtem Unfallrisiko eingestuft werden und deshalb eine Unterstellung unter die SUVA erfolgt, dann lassen sich eben doch die Prämienfolgen ermitteln. Viele neuunterstellte Branchen müssen massiv (Betriebsunfälle bis Verdreifachung, Nicht-Betriebsunfälle bis 70%) höhere Prämien bezahlen als bei den Privatversicherungen. Solche Kostensteigerungen für KMUs schwächen lassen aufhorchen und regen zu einer detaillierten Analyse der SUVA an. Auch der Bundesrat hat 2003 eine Kosten-Nutzen-Analyse zur obligatorischen Unfallversicherung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse weitere Fragen aufwerfen.

So soll die SUVA im Bereich der Rückstellungen für kurzfristige Leistungen eine Finanzierungslücke von CHF 972 Mio. aufweisen, die unabhängig von einer allfälligen Privatisierung geschlossen werden müsse. Da stellt sich die Frage, von wem? Im Bereich der Finanzierung der Teuerungszulagen soll die hausgemachte Finanzierungslücke sogar CHF 4 Mrd. betragen. Wenn diese Schätzung zutrifft,

dann bedeutet dies, dass auch die SUVA als gigantisches Umverteilungswerk agiert, indem auch hier die nächste Generation zur Kasse gebeten wird. Dass die SUVA Umverteilung betreibt, lässt sich auch an den Prämien für die unfallversicherten arbeitslosen Personen ablesen, die gemäss SUVA aus politischen Gründen bewusst tief gehalten wurden. Damit kommen offensichtlich nicht, wie vom Gesetzgeber verlangt, risikogerechte Prämien zur Anwendung. Aus Folge davon liegt nun laut der Kosten-Nutzen-Analyse ein Aufwandüberschuss von CHF 116 Mio. vor. Und wie können privatwirtschaftliche Versicherungsnehmer sicher sein, dass nicht auch andere Betriebe, z.B. staatliche oder staatsnahe, politische statt risikogerechte Prämien bezahlen?

Es ist höchste Zeit, diese Probleme endlich anzupacken. Dabei ist nicht in erster Linie eine Privatisierung angesprochen, sondern die Abschaffung des kostspieligen SUVA-Monopols. So wie gut geführte Kantonalbanken neben privaten Banken existieren, müsste auch die SUVA bei guter Führung und konkurrenzfähigen Prämiensätzen überleben können. Wenn die Privatversicherungen jedoch den gleichen Versicherungsschutz wesentlich kostengünstiger anbieten können, dann verliert die SUVA ihre Daseinsberechtigung. Eine Privatisierung der SUVA könnte dennoch in Betracht gezogen werden, um den Versicherten und den Steuerzahlern weitere Milliardenerschüsse zu ersparen. Dazu könnte der Privatisierungserlös verwendet werden. Eine Privatisierung würde dann hoffentlich auch den Politfilz eliminieren.